



Bundesministerium
des Innern
und für Heimat

POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern und für Heimat, 10557 Berlin

Präsidentin des Deutschen Bundestages
– Parlamentssekretariat –
Reichstagsgebäude
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-11117

FAX +49 (0)30 18 681-11019

INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM 25. Oktober 2022

BETREFF **Kleine Anfrage der Abgeordneten Petra Pau u. a. und der Fraktion DIE LINKE.
Antisemitische Straftaten im dritten Quartal 2022
BT-Drucksache 20/4009**

Anlage: -1- Tabelle zu Frage 1

Auf die Kleine Anfrage übersende ich namens der Bundesregierung die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung

Rita Schwarzelühr-Sutter

ZUSTELL- UND LIEFERANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

VERKEHRSANBINDUNG S-Bahnhof Berlin Hauptbahnhof

Bushaltestelle Berlin Hauptbahnhof

Kleine Anfrage der Abgeordneten Petra Pau u. a. und der Fraktion DIE LINKE.

Antisemitische Straftaten im dritten Quartal 2022

BT-Drucksache 20/4009

Vorbemerkung der Fragesteller:

Die Zahl der antisemitischen Straftaten bewegt sich in der Bundesrepublik Deutschland weiter auf einem hohen Niveau.

Es ist zu beobachten, dass der militante Rechtsextremismus unverhohlen zur Schändung jüdischer Einrichtungen aufrufen und jüdische Personen offen bedrohen kann. Der ehemalige NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt äußerte sich beispielsweise über das Holocaust-Mahnmal in Berlin: „Für uns ist das kein Holocaust-Gedenkmal, sondern wir bedanken uns dafür, dass man uns dort jetzt schon die Fundamente der neuen deutschen Reichskanzlei geschaffen hat“ (ARD-Sendung „REPORT MAINZ“ vom 4. Oktober 2004).

Es ist aber auch zu beobachten, dass immer mehr Personen und Organisationen aus dem konservativen Lager und aus der Grauzone zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus offen dazu übergehen, den Holocaust zu leugnen und antisemitische Hetze zu betreiben.

In seiner Abschiedsvorlesung am 21. Oktober 2010 im Lichthof der Technischen Universität Berlin äußerte Prof. Dr. Wolfgang Benz zu anderen Formen des Antisemitismus: „Akut ist der Antizionismus, der an sich nicht mit Antisemitismus gleichgesetzt werden darf, sich aber durch fanatische Parteinahme gegen Israel und durch die Übernahme von judenfeindlichen Stereotypen und Argumentationsmustern (‚Weltherrschaftsstreben‘, Verschwörungsphantasien) zu einer aktuellen Sonderform der Judenfeindschaft entwickelt hat, die derzeit größte Verbreitung findet. Der Nahost-Konflikt hat mit der zweiten Intifada eine Dimension weitab vom eigentlichen Schauplatz Israel/Palästina erhalten. Die Solidarisierung junger Muslime mit den Palästinensern in Frankreich und Belgien, den Niederlanden und Großbritannien, Staaten mit einem verhältnismäßig großen Bevölkerungsanteil arabisch-islamischer Herkunft, äußert sich nicht nur in israelfeindlicher Propaganda und in Demonstrationen bis hin zu Ausschreitungen, es wird dabei auch traditioneller Antisemitismus instrumentalisiert.“

Vorbemerkung der Bundesregierung:

Die Fallzahlen PMK aus dem laufenden Jahr haben vorläufigen Charakter und können durch Nach-/Änderungsmeldungen teils erheblichen Veränderungen unterworfen sein.

1: Wie viele antisemitische Straftaten wurden nach Kenntnis der Bundesregierung im dritten Quartal 2022 verübt (bitte nach Anzahl, Datum, Art und Motivation der Straftat, Bundesländern und Ort aufschlüsseln)?

Zu 1:

Für das dritte Quartal 2022 wurden dem Bundeskriminalamt (BKA) über den Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität (KPMD-PMK) bislang 306 Straftaten mit antisemitischem Hintergrund gemeldet, darunter waren elf Gewalttaten sowie 40 Propagandadelikte (Stand: 17. Oktober 2022). Eine Aufschlüsselung der Straftaten nach Art und Motivation der Straftat sowie nach Ländern ergibt sich aus der nachfolgenden Tabelle. Weitergehende Informationen zu Tatort und Tatzeit sind der beigefügten Tabelle (Anlage) zu entnehmen.

Land	PMK -rechts-		PMK -links-		PMK -ausländische Ideologie-		PMK -religiöse Ideologie-		PMK -nicht zuzuordnen-	
	Ge- walt- taten	Sons- tige Straf- taten	Ge- walt- taten	Sons- tige Straf- taten	Ge- walt- taten	Sons- tige Straf- taten	Ge- walt- taten	Sons- tige Straf- taten	Ge- walt- taten	Sons- tige Straf- taten
BB	2	24	0	0	0	0	0	0	0	0
BE	4	52	0	0	0	3	0	1	1	16
BW	0	15	0	0	0	0	0	0	0	14
BY	3	25	0	0	0	0	0	0	0	2
HB	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0
HE	0	4	0	0	0	0	0	1	0	1
HH	0	8	0	0	0	0	0	0	0	0
MV	1	7	0	0	0	0	0	0	0	0
NI	0	16	0	0	0	0	0	0	0	2
NW	0	28	0	0	0	0	0	0	0	3
RP	0	13	0	0	0	0	0	0	0	0
SH	0	9	0	0	0	0	0	1	0	0
SL	0	6	0	0	0	0	0	0	0	0
SN	0	18	0	0	0	0	0	2	0	3
ST	0	11	0	0	0	0	0	0	0	0
TH	0	8	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe	10	246	0	0	0	3	0	5	1	41

2: *Wie viele Tatverdächtige wurden nach Kenntnis der Bundesregierung wegen antisemitischer Straftaten im dritten Quartal 2022 festgenommen (bitte nach Bundesländern, Art und Motivation der Straftaten aufschlüsseln)?*

Zu 2:

Zu den für das dritte Quartal 2022 erfassten 306 politisch motivierten Straftaten mit antisemitischem Hintergrund wurden bislang insgesamt 212 Tatverdächtige ermittelt. Es wurden keine Personen festgenommen, Haftbefehle wurden nicht erlassen. Die Aufschlüsselung nach Ländern, Art und Motivation der Straftaten ist der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen (Abfragedatum: 17. Oktober 2022).

Land	PMK -rechts-			PMK -links-			PMK ausländische Ideologie			PMK -religiöse Ideologie-			PMK -nicht zuzuordnen-		
	T	VF	H	T	VF	H	T	VF	H	T	VF	H	T	VF	H
BB	20	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
BE	21	0	0	0	0	0	2	0	0	1	0	0	4	0	0
BW	4	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	3	0	0
BY	15	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
HB	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
HE	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
HH	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
MV	7	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
NI	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
NW	8	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0
RP	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
SH	6	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
SL	4	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
SN	7	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	2	0	0
ST	7	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
TH	29	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe	142	0	0	0	0	0	2	0	0	5	0	0	11	0	0

T=Tatverdächtige, VF=vorläufige Festnahme, H=Haftbefehle; Stand: 17. Oktober 2022

3: *Wie viele Ermittlungsverfahren wurden nach Kenntnis der Bundesregierung wegen antisemitischer Straftaten im dritten Quartal 2022 eingeleitet (bitte nach Bundesländern, Art und Motivation der Straftaten aufschlüsseln)?*

4: *In wie vielen Fällen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung die Ermittlungen eingestellt (bitte nach Bundesländern, Art und Motivation der Straftaten aufschlüsseln)?*

5: *Wie viele Personen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung wegen antisemitischer Straftaten in diesem Zeitraum zu welchen Strafen verurteilt (bitte nach Bundesländern, Art und Motivation der Straftaten aufschlüsseln)?*

Zu 3, 4 und 5:

Die Fragen 3, 4 und 5 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

6: *Wie viele Personen wurden im dritten Quartal 2022 nach Kenntnis der Bundesregierung bei Überfällen mit antisemitischer oder zu vermutender antisemitischer Motivation*

- a) *leicht verletzt*
- b) *schwer verletzt bzw.*
- c) *getötet*

(bitte nach Bundesländern und Motivation der Straftat aufschlüsseln)?

Zu 6, 6a) bis c):

Im dritten Quartal 2022 wurden gemäß den Angaben des KPMD-PMK drei Personen (eine in Berlin, eine in Bayern und eine in Mecklenburg-Vorpommern) infolge einer politisch motivierten Straftat mit antisemitischem Hintergrund verletzt (Abfragedatum 17. Oktober 2022).

Alle drei Personen wurden aufgrund von Straftaten, die dem Phänomenbereich PMK - rechts- zugeordnet sind, verletzt.

Alle Personen wurden leicht, somit keine Person schwer verletzt.

Für das dritte Quartal 2022 wurden keine Todesopfer gemeldet.

7: *Welcher materielle Schaden entstand nach Kenntnis der Bundesregierung bei den antisemitischen Straftaten (bitte nach Schadenshöhe, Art der Motivation und Bundesländern aufschlüsseln)?*

Zu 7:

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

8: *Wie viele Nachmeldungen hat es zu den unter 1-7 abgefragten Sachverhalten bis jetzt für das Jahr 2022 gegeben und wie verteilen sie sich auf die einzelnen Quartale?*

Zu 8:

Eine automatisierte Erhebung der Nachmeldungen für das erste und zweite Quartal 2022 aus der BKA-Fallzahlendatei LAPOS (Lagebild Auswertung Politisch motivierter Straftaten) ist nicht möglich. Vor diesem Hintergrund werden die aktuellen Fallzahlen für das erste und zweite Quartal 2022 mit Abfragedatum 17. Oktober 2022 aufgeführt:

Im ersten Quartal 2022 wurden bisher insgesamt 683 Straftaten in Zusammenhang mit dem Unterthemenfeld „Antisemitisch“ gemeldet. Darunter waren 18 Gewalttaten und 65 Propagandadelikte.

Es wurden bislang insgesamt 370 Tatverdächtige ermittelt. Es gab keine Festnahmen. Es wurden keine Haftbefehle erlassen.

Im ersten Quartal 2022 wurden sieben Personen infolge einer politisch motivierten Straftat in Zusammenhang mit Nennung des Unterthemenfeldes „Antisemitisch“ verletzt. Von diesen wurden alle Personen leicht verletzt. Es wurden keine Todesopfer gemeldet.

Im zweiten Quartal 2022 wurden bisher insgesamt 566 Straftaten in Zusammenhang mit dem Unterthemenfeld „Antisemitisch“ gemeldet. Darunter waren 26 Gewalttaten und 66 Propagandadelikte.

Es wurden bislang insgesamt 354 Tatverdächtige ermittelt. Es gab keine Festnahmen. Es wurden keine Haftbefehle erlassen.

Im zweiten Quartal 2022 wurden neun Personen infolge einer politisch motivierten Straftat in Zusammenhang mit Nennung des Unterthemenfeldes „Antisemitisch“ verletzt. Von diesen wurden alle Personen leicht verletzt. Es wurden keine Todesopfer gemeldet.

9: *Welche gezielten bundesweiten Operationen der Polizei hat es wegen überregionaler antisemitischer Straftaten mit welchem Ergebnis gegeben?*

Zu 9:

Die Bundesregierung erteilt keine Auskünfte zu laufenden operativen polizeilichen Maßnahmen im Rahmen von Ermittlungsverfahren, um den Fortgang der Ermittlungen nicht zu gefährden. Aus dem Rechtsstaats- und Gewaltenteilungsprinzip folgt das Gebot, laufende Ermittlungen nicht durch die Preisgabe einzelner Erkenntnisse zu gefährden, um so den staatlichen Rechtsdurchsetzungsanspruch durch die hierfür zuständigen Organe der Rechtspflege zu gewährleisten.

Über bereits abgeschlossene bundesweite polizeiliche Operationen wegen überregionaler antisemitischer Straftaten liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.